

Antrag an das Studierendenparlament:

Nie wieder Krieg!

Nein zur aktuellen Kooperation der Universität Köln mit der Bundeswehr, Aktivitäten zum Antikriegstag am 1. September unterstützen



Aus der Präambel der Charta der Vereinten Nationen (1945):

„WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN – FEST ENTSCHLOSSEN,

- künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,*
- unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,*
- Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,*
- den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,*

UND FÜR DIESE ZWECKE

- Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,*
 - unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,*
- (...)*

HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.“

Am 1. September jährt sich zum 75. Mal der Beginn des 2. Weltkrieges durch den faschistischen Überfall auf Polen und damit der Beginn eines 6-jährigen Eroberungs- und Vernichtungskriegs, dem weltweit über 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, davon alleine 27 Millionen Menschen aus der Sowjetunion. Die Sowjetunion sollte zur Kolonie gemacht werden und dem „Dritten Reich“ als „Lebensraum im Osten“ dienen. Die zu „Untermenschen“ erklärte Bevölkerung wurde systematisch vertrieben und ausgehungert. Sechs Millionen jüdische Menschen, aber auch Sinti und Roma, sozial Deklassierte, Homosexuelle und Oppositionelle wurden in Konzentrationslagern zu Sklavenarbeit für die deutsche Industrie gezwungen und ermordet.

Nie wieder! Das Erinnern und Handeln im Sinne aller, die gegen den Faschismus gekämpft haben und für diejenigen, für die die Befreiung zu spät kam, bedeutet heute: Wehret den Anfängen – Mit den Waffen des Geistes gegen den Ungeist der Waffen. Die noch einzulösende Schlussfolgerung

Bitte wenden →

der Vereinten Nationen lautete: Demilitarisierung und Demokratisierung, Abrüstung und zivile Produktion, Völkerverständigung und Zusammenarbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen, um den Krieg aus der Welt zu schaffen und global Frieden und Menschenwürde zu realisieren.

An den Hochschulen hat die 68er-Bewegung die notwendigen Konsequenzen gezogen: Für die Demokratisierung der Hochschulen mittels ihrer sozialen Öffnung und die Etablierung der „Gruppenuniversität“, für einen verantwortlichen, gesellschaftskritischen Bezug der Wissenschaften auf die von Remilitarisierung, Restauration der alten Eliten und sozialer Ungleichheit geprägte Gesellschaft, für Frieden und Emanzipation.

Dem stehen heute die gesteigerten Versuche entgegen, mittels Einflussnahme durch das Verteidigungsministerium die Hochschulen für die deutsche Kriegspolitik nutzbar zu machen. Beispielsweise plant die Bundeswehr in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Uni Köln – zeitgleich zum Antikriegs- bzw. Weltfriedenstag am 1. September – eine sogenannte „Summer School“. Die Veranstaltung richtet sich an Master- und Promotionsstudierende, die mit Credit-Points umworben werden. Wörtlich heißt es dort: „Die Summer School ‚Krieg im 21. Jahrhundert‘ zielt auf die Vermittlung eines umfassenden Überblicks über aktuelle wissenschaftliche Debatten sowie politikpraktische Trends in den Bereichen der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Militärsoziologie. Während der Summer School wechseln sich Lehrvorträge mit Besuchen in thematisch relevanten Einrichtungen ab.“ (<http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/cfa.pdf>)

Diese „thematisch relevanten Einrichtungen“ sind zum großen Teil Einrichtungen der Bundeswehr oder des Verteidigungsministeriums, die auch wesentlich die geplanten Vorträge halten werden. Das Ganze erfüllt damit den Zweck, der Bundeswehr als kriegsführender Armee und der Regierung als derjenigen, die Krieg führen lässt, die Möglichkeit zu geben, in einem scheinbar universitär-wissenschaftlichen Rahmen die deutsche Kriegspolitik zu legitimieren und zu rechtfertigen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) initiierte 1957 am 1. September unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ in Gegnerschaft zur Remilitarisierung in der Bundesrepublik den Antikriegstag und ruft seitdem jährlich zu Demonstrationen und Kundgebungen auf. Das Studierendenparlament unterstützt die Aktivitäten des DGB und der Friedensbewegung am Antikriegstag und spricht sich entschieden gegen die Kooperation der Universität Köln mit dem Verteidigungsministerium im Rahmen der „Summer School“ aus. Alle werden dazu aufgerufen, am 1. September für den Frieden zu demonstrieren. Das Präsidium des Studierendenparlaments wird aufgefordert, diesen Beschluss dem Senat der Universität Köln sowie allen Mitgliedern des Instituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen zu übermitteln.

Antrag eingebracht von: Arbeitskreis Zivilklausel, campus:grün, DieLinke.SDS, Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive

Der hier abgedruckte Antrag ist für die Sitzungen des Studierendenparlaments (StuPa) am Montag, den 14. Juli, und Dienstag, den 15. Juli, eingebracht. Das StuPa tagt jeweils ab 20:00 Uhr in Hörsaal XIII im Hauptgebäude. Die Sitzungen sind öffentlich – alle sind eingeladen, sich zu beteiligen!